



IG BAU: Trotz guter Auftragslage knausern Betriebe beim Lohn



Schräge Lohn-Aussichten für heimische Dachdecker: Die Arbeitgeber sperren sich bisher gegen ein angemessenes Einkommensplus für die Handwerker, kritisiert die IG BAU. Die Gewerkschaft fordert sechs Prozent mehr Geld. (Foto: IG BAU)

Duisburg und am Niederrhein: Hängepartie für 1370 Dachdecker geht weiter

Lohn-Schieflage auf heimischen Dächern: Die 1370 Dachdecker in Duisburg und am Niederrhein müssen weiter auf eine Lohnerhöhung warten. Das kritisiert die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit Blick auf die laufende Tarifrunde für das Handwerk. „Der Bau-Boom beschert auch den Dachdeckerbetrieben volle Auftragsbücher und gute Umsätze. Trotzdem sperren sich die Arbeitgeber gegen ein längst überfälliges Lohn-Plus“, kritisiert Gewerkschafterin Karina Pfau.

Die IG BAU Duisburg-Niederrhein fordert sechs Prozent mehr Geld für Dachdecker und 100 Euro mehr im Monat für Azubis. Bei einem Facharbeiter stünden damit 184 Euro pro Monat mehr auf dem Lohnzettel. In der letzten Tarifverhandlung hatten die Arbeitgeber jedoch lediglich ein minimales Plus auf dem Level der Inflationsrate geboten. Anspruch auf tarifliche Bezahlung haben Gewerkschaftsmitglieder, deren Firma Mitglied der Arbeitgeberinnung ist.

„Wenn das Dachdeckerhandwerk bei der Bezahlung nicht deutlich attraktiver wird, dann droht die Branche von der Lohnentwicklung abgehängt zu werden“, so Pfau. Dies verschärfe auch den Fachkräftemangel. Schon jetzt hätten die Betriebe massive Probleme, Spezialisten und Nachwuchs für die „Knochenjobs in der Höhe“ zu finden. Die Gewerkschaft fordert den Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks dazu auf, in der jetzt anstehenden Schlichtung „endlich ein solides Lohn-Angebot“ vorzulegen. Andernfalls drohe das endgültige Scheitern des Tarifkonflikts.



Ziel: 1,5 Millionen neue Wohnungen bis 2021

Bundesregierung will Signale gegen die ständig steigenden Mieten setzen – SPD fordert „Mietenstopp“

Von Miguel Sanchez

Berlin. Die Mieten steigen und steigen. Die „Wohnraumoffensive“ von SPD und Union ist noch nicht beim Bürger angekommen. In Deutschland fehlen eine Million Wohnungen, günstige zumal. Mit einem „Wohngipfel“ will die Regierung heute zwei Signale setzen: Wir haben verstanden – und wir tun was.

Wie angespannt ist die Lage?

Die IG Bau schätzt, dass 2018 höchstens 300 000 Wohnungen gebaut werden. Wenn das stimmt, ist die Regierung in Verzug. Union und SPD haben im Koalitionsvertrag 1,5 Millionen neue Wohnungen bis 2021 als Ziel ausgegeben. Rein rechnerisch wären das jedes Jahr 375 000 Wohnungen. „Der Markt allein wird es nicht regeln“, mahnt SPD-Bauexperte Sören Bartol. „Wir müssen eine Schippe drauflegen.“

Wie spürbar ist die Baumisere?

Seit die große Koalition 2013 an die Regierung kam, sind die Mieten in 79 von 80 Großstädten gestiegen. Nach einer Analyse von immowelt.de sind die Preise in Berlin (plus 52 Prozent) nach oben geklettert, in Augsburg um 40 Prozent, in München um 35 Prozent. Die Wohnungsnot ist am stärksten in Großstädten und im Süden der Republik. Von den 313 Städten, die zu den angespannten Wohnungsmärkten gehören, liegt mehr als die Hälfte in Bayern. Die Angebotsmieten klettern mehr als doppelt so schnell wie die Inflation. Das zeigt die Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Chris Kühn. Demnach stiegen die Neumieten, die Eigentümer verlangen, im zweiten Quartal 2018 um 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, die Verbraucherpreise aber nur um zwei Prozent. Im ersten Quartal kletterten die Mieten um 5,5 Prozent, während die In-



Eine Maklerin zeigt Interessenten eine leerstehende und noch nicht sanierte Wohnung. FOTO: DPA/ITA

flation 1,5 Prozent betrug. Naturgemäß setzt die Entwicklung am stärksten den kleinen Leuten zu. Gewerkschaften und Verbände beklagen, die Zahl der Sozialwohnungen mit vergleichsweise niedrigen Mieten für Einkommensschwache sei binnen 30 Jahre von vier Millionen auf 1,25 Millionen geschrumpft.

Warum steigen die Mieten?

Das ist eine Frage von Angebot und Nachfrage, wobei die Immobilienwirtschaft auch auf die wachsenden Bau- und Grundstückskosten verweist. Die Grunderwerbssteuer wurde seit 2006 von den Bundesländern 27-mal erhöht. Die energetischen Sparvorgaben wurden verschärft, noch ein Kostentreiber.

Was hat die Regierung getan?

Die Regierung stellte fünf Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit, verbesserte die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen, stellte eine Wohngelderhöhung (und Reform) ab 2020 in Aussicht und führte ein Baukindergeld ein. Aber es dauert, bis die Maßnahmen greifen. In der Zwischenzeit brüchten die Mieter „eine Atempause“, so Bartol. Seine Partei fordert einen fünfjährigen Mietenstopp in den angespannten Wohnungsmärkten. In dieser Zeit sollten sie nur entsprechend der Inflation steigen.

Wie wichtig ist der Gipfel?

Alle, wirklich alle haben sich im Vorfeld zu Wort gemeldet, die Kommunen und die Länder, Verbände und Gewerkschaften. Dass Wohnen „die soziale Frage

unserer Zeit ist“, behaupten längst alle, von Bartol bis Horst Seehofer (CSU), der als Innen- und Heimatminister nebenbei für Bau zuständig ist. Das Treffen findet im Kanzleramt, neben Seehofer und Hausherrin Angela Merkel hat sich Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) angesagt.

Steht Seehofer unter Druck?

Er ist zuständig und kommt aus Bayern, wo die Lage besonders dramatisch ist. Den Bereich Bau überließ er bisher Staatssekretär Gunther Adler. Der ist nur noch vorübergehend in Aml, er muss im Zuge der Maaßen-Affäre gehen. Dass er mit Adler seinen einzigen Spitzenbeamten mit Sachverstand entlässt, sei „eine Fehlentscheidung und zeigt seine Prioritäten“, so Bartol. Umso mehr richten sich die Erwartungen an den Minister selbst. Bartol: „Jetzt muss der zuständige Minister Horst Seehofer liefern.“

Kann der Bund mehr tun?

Die Bundesregierung kann die Mittel für den sozialen Wohnungsbau noch mehr erhöhen. Sie kann auch selber in den sozialen Wohnungsbau investieren. Zuletzt versprach Merkel, der Bund werde von seinem Eigentum Bauland abtreten. Dafür wurde eigens eine Kommission eingesetzt. Auf rasche Ergebnisse dringen die 16 Bundesländer seit Langem. Allerdings haben auch sie eine Bringschuld, buchstäblich. Es ist ein offenes Geheimnis, dass sie jahrelang Bundesmittel für den Bau für andere Zwecke ausgegeben haben. In einem Entwurf für die Abschlusserklärung heißt es denn auch, „die vom Bund für den Zeitraum 2020 bis 2021 zur Verfügung gestellten Mittel werden dabei von den Ländern in vollem Umfang zweckentsprechend eingesetzt, insbesondere für die Förderung von Investitionen in den Neubau und Maßnahmen im Bestand sowie die Modernisierung von sozialgebundenem Wohnraum“.

Was geht auch ohne mehr Geld?

„Wir müssen bei den Maklergebühren weiterkommen, weil das für jeden eine Kostenfrage ist, der Wohnraum erwirbt“, fordert Bartol. Es müsse wie bei den Mietwohnungen das Bestellerprinzip gelten: Der Verkäufer bezahlt den Makler. „Wir müssen uns bei vermieteten Eigentumswohnungen die Regeln zum Eigenbedarf angucken. Das ist ein Riesenproblem.“ Wenn jemand seinen Wohnraum selber nutzen wolle, solle das auch möglich sein. Man müsse aber den Missbrauch eindämmen, „die Ausnahmen auf ein Minimum reduzieren“.

Mietentwicklung		
Stadt	1. Halbjahr 2013	1. Halbjahr 2018
München	13,20 Euro	17,90 Euro
Frankfurt a. M.	11,50 Euro	13,80 Euro
Hamburg	10,00 Euro	11,90 Euro
Berlin	7,50 Euro	11,40 Euro
Köln	9,10 Euro	10,70 Euro
Düsseldorf	8,70 Euro	10,20 Euro
Dortmund	5,60 Euro	7,00 Euro
Essen	6,00 Euro	6,80 Euro
Leipzig	5,20 Euro	6,50 Euro
Duisburg	5,00 Euro	6,00 Euro

Quelle: immowelt.de, Preis bei Neuvermietungen



Schlechte „Wohn-Gipfel“-Botschaft: Nicht einmal 300.000 neue Wohnungen



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

„Bau-Lethargie“: IG BAU erwartet schwaches Baujahr 2018

Frankfurt am Main, 20.09.2018

In diesem Jahr wird nicht einmal die Marke von 300.000 Neubauwohnungen erreicht. Davon geht die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) aus. Relevante Branchenindikatoren – darunter Absatzzahlen der Baustoffindustrie – und die Zahl der Baugenehmigungen deuteten schon jetzt „auf ein deutlich zu schwaches Wohnungsbau-Jahr 2018 hin“, sagt der Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger.

Er spricht von „Bau-Lethargie“. Der Wohnungsbau trete auch weiterhin auf der Stelle – und das gut ein halbes Jahr nach dem Start der neuen Bundesregierung.

Mit Blick auf den „Wohn-Gipfel“, zu dem Bund, Länder, Kommunen und Verbände am 21. September in Berlin zusammenkommen, warnt IG BAU-Chef Feiger davor, den Wohnungsbau weiterhin „auf politischer Sparflamme zu kochen“. Ohne einen gravierenden Kurswechsel in der Wohnungsbaupolitik werde die Große Koalition an ihrem selbst gesteckten Ziel scheitern: 1,5 Millionen Neubauwohnungen sollen bis 2021 entstehen, so steht es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Das bedeute, dass 375.000 neue Wohnungen gebaut werden müssten – pro Jahr. „Ihr erstes Regierungsjahr wird diese GroKo allerdings schon mit einem Defizit von 75.000 Wohnungen abschließen. Damit liegt die Messlatte ab 2019 dann bei jährlich 400.000 Neubauwohnungen pro Jahr“, so Feiger.

Um das zu schaffen, müsse der Staat allerdings wesentlich mehr Geld in die Hand nehmen und endlich verlässliche Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft schaffen. „Der Wohnungsbau ist kein ‚Saisonmotor‘, den man beliebig an- und ausschalten kann. Produktionskapazitäten müssen aufgebaut und dabei auch Fachkräfte ausgebildet werden“, macht IG BAU-Chef Feiger deutlich. Zeitlich begrenzte Maßnahmen wie die steuerliche Sonderabschreibung, die bis Ende 2021 laufen soll, und das Baukindergeld würden keine Perspektive geben. Es sei daher dringend notwendig, eine erforderliche Anpassung der AfA von 2 auf 3 Prozent zu machen – und zwar auf Jahre angelegt.

Feiger kündigt darüber hinaus an, am Freitag auf dem „Wohn-Gipfel“ im Kanzleramt eine massive Erhöhung der Gelder für den sozialen Wohnungsbau zu fordern. „Um pro Jahr 80.000 Sozialwohnungen, die mindestens gebraucht werden, zu schaffen, müssen Bund und Länder zusammen über 6 Milliarden Euro investieren“, sagt Robert Feiger. Der IG BAU-Bundesvorsitzende beruft sich dabei auf Berechnungen des Pestel-Instituts (Hannover), nach denen im Bundesdurchschnitt für eine Sozialmietwohnung eine staatliche Förderung von rund 80.000 Euro erforderlich ist. „Mit der bisherigen Fördersumme von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr vom Bund ist der enorme Schwund an Sozialmietwohnungen nicht aufzuhalten. Bei 4,5 Millionen Sozialwohnungen, die aktuell fehlen, ist das – auch wenn die Länder mitfinanzieren – nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Feiger. Immerhin würden rund 60.000 Sozialwohnungen pro Jahr aus der Bindung fallen – und damit mehr als doppelt so viele wie im vergangenen Jahr neu entstanden seien (26.200 Sozialwohnungen).

Das bezahlbare Wohnen bezeichnet Feiger als „große GroKo-Baustelle für Durchschnittsverdiener in den Metropolregionen“. Der Gewerkschafter warnt: „Wer zu viel verdient, um einen Wohnberechtigungsschein zu bekommen, aber zu wenig, um sich eine Wohnung in der Nähe seines Arbeitsplatzes zu leisten, gehört klar zu den Opfern der Wohnungskrise. Hier braut sich gesellschaftlich etwas zusammen – hier steckt enormer sozialer Sprengstoff drin.“ Der bezahlbare Wohnraum müsse deshalb gesondert gefördert werden – und zwar mit rund 50.000 Euro pro Wohnung nach Berechnungen des Pestel-Instituts. Im bezahlbaren Segment müssen, so die IG BAU, für Haushalte oberhalb der Einkommensgrenze für den Wohnberechtigungsschein mindestens 60.000 bezahlbare Wohnungen neu gebaut werden. Hierfür seien weitere rund 3 Milliarden Euro an staatlicher Förderung erforderlich.

Darüber hinaus spricht sich Robert Feiger dafür aus, die Anschaffung von Wohneigentum für untere und mittlere Einkommen staatlich zu fördern. „Damit kann der Staat Menschen beim Eintritt in die Rente davor bewahren, ihren Lebensstandard dramatisch absenken zu müssen oder sogar in die Grundsicherung im Alter abzurutschen“, sagt Feiger. Durch die Förderung von Wohneigentum könne der Staat damit langfristig auch Sozialleistungen sparen – nämlich Wohngeld und Kosten der Unterkunft.

Neben einer wesentlich einfacheren und bundesweit einheitlichen Bauordnung müssten sich Bund, Länder und Kommunen auch auf eine Bauland-Offensive zur Bereitstellung von Baugrundstücken verständigen. Öffentliches Bauland dürfe nicht länger nur zum Höchstpreis verkauft werden, was die Mieten zusätzlich nach oben treibe. Stattdessen solle bei der Baulandvergabe das Konzept deutlich stärker berücksichtigt werden. Auch der Baulandspekulation müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Feiger warnte davor, den „Wohn-Gipfel“ zu einer „reinen Show-Veranstaltung“ werden zu lassen. „Der Wohnungsbau braucht eine neue politische Tatkraft. Bund, Länder und Kommunen müssen jetzt entschlossen an einem Strang ziehen. Sonst wachsen die Not und die Unzufriedenheit der Menschen, die eine bezahlbare Wohnung suchen, weiter“, macht IG BAU-Chef Feiger im Vorfeld des Gipfels klar. Er begrüßte in diesem Zusammenhang Pläne, das Mietrecht zu verschärfen. Dies allein baue aber keine neuen Wohnungen.



IG BAU verurteilt Verhaftungen von Bauarbeitern am Istanbuler Flughafen



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

Beschäftigte im Streik gegen schlechte Arbeitsbedingungen

Frankfurt am Main, 20.09.2018

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat die mangelhaften Arbeitsbedingungen beim Bau des dritten Flughafens in Istanbul scharf kritisiert. „Es hat bereits tödliche Arbeitsunfälle gegeben, weil der Arbeitsschutz nicht eingehalten wird. Außerdem berichten die Beschäftigten von geprellten Löhnen und einer unmenschlichen Unterbringung. Das sind unhaltbare Zustände, gegen die die Bauarbeiter zu Recht in den Streik getreten sind“, sagte IG BAU-Bundesvorsitzender Robert Feiger.

Die Gewerkschaft verurteilt insbesondere die Festnahme von mehreren Hundert Beschäftigten, die sich für bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt haben. „Der Arbeitsschutz auf der Flughafen-Baustelle muss dringend verbessert werden, um Arbeitsunfälle zu vermeiden“, so IG BAU-Vize Dietmar Schäfers, der auch Präsident der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) ist. Zudem müssten alle Beschäftigten freigelassen werden, die allein deshalb in Haft seien, weil sie sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen gewehrt hätten, so Schäfers.

Der neue Istanbuler Flughafen ist seit 2015 im Bau und soll mit einer Kapazität von jährlich 150 Millionen Passagieren der größte Airport der Welt werden. Er gilt als Prestigeprojekt von Staatspräsident Erdogan. Die Eröffnung ist für den 29. Oktober geplant. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hatte von 42 Todesfällen auf der Baustelle berichtet. Am Wochenende war eine Demonstration der Bauarbeiter gewaltsam niedergeschlagen worden.